

Am 27. September hielt Außenminister Wadephul [eine Rede](#) vor der 80. Generalversammlung der Vereinten Nationen. In der sehr allgemein gehaltenen Rede sprach Wadephul wiederholt über Gerechtigkeit, Frieden, Respekt und Würde. Zugeständnisse, dass es der deutschen Aussenpolitik häufig gefehlt hat, diesen wichtigen Begriffen Genüge zu tun, machte der Außenminister keine. Die UNO-Generalversammlung und die Bürger, hier und im Ausland, hätten sicher erwartet, dass der Minister mit Mut und Selbstkritik auf die Schwächen der deutschen Außenpolitik eingeht und überzeugend darstellt, dass die Regierung in Berlin nicht nur eine Reform der ‚Anderen‘ fordert. Von **Hans-Christof von Sponeck**.

Er hätte bedeuten sollen, dass die Regierung ernsthafte Schritte unternehmen will, um einen deutschen Beitrag für eine neue internationale Ordnung und eine entsprechende multilaterale Struktur zu liefern, und verlässlich und ausnahmslos, internationales Recht einhalten wird, um damit ein Deutschland zu identifizieren als ein Land, für das moralisches Verhalten in internationalen Beziehungen ein wichtiger Teil der geopolitischen Handlungsweise darstellt.

In diesem Sinn hätte die Rede des Außenministers eine andere sein müssen.

Dr. h. c. Hans-C. von Sponeck,
Beigeordneter UNO-Generalsekretär, a. D.

Anmerkung der Redaktion: Die roten Passagen im Text wurden von Hans-C. von Sponeck ergänzt, der Rest der Rede entspricht dem Original-Manuskript.

Die Rede des deutschen Aussenministers Wadephul in der UNO Generalversammlung, die nie gehalten wurde

Generaldebatte der UN-Vollversammlung

27. September 2025 - Rede

Übersetzung aus dem Englischen

Am 10. Dezember 1932 wurden Albert Einstein und seine Frau von einem Freund in ihrem Haus in der Nähe von Berlin abgeholt. Gemeinsam reisten sie in die deutsche Hafenstadt Bremen. Dort bestiegen Albert und Elsa Einstein ein Schiff nach Nordamerika.

Er hatte vor, eine dreimonatige Gastprofessur am California Institute of Technology

anzunehmen. Albert Einstein – einer der größten Physiker aller Zeiten – sollte nie wieder nach Deutschland zurückkehren. Nur wenige Wochen später kamen die Nationalsozialisten an die Macht.

Exzellenzen,

die Konferenz von San Francisco und die Gründung der Vereinten Nationen jähren sich in diesem Jahr zum 80. Mal. Der Holocaust und der von Deutschland begonnene Weltkrieg haben uns gelehrt, dass die Verleugnung der Menschenwürde Leben, Nationen und Kulturen zerstört. **Die deutsche Regierung akzeptiert, dass nach dem Zweiten Weltkrieg diese Lehren aber nicht befolgt wurden und dass die Aggressivkriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und Irak, an denen Deutschland beteiligt gewesen ist, ernste Verstöße gegen internationales Recht und das deutsche Grundgesetz (Artikel 26) darstellen. Deutschland verpflichtet sich, alles zu tun, damit eine Wiederholung verhindert wird.**

Die Gründer der Vereinten Nationen kamen in dem Glauben zusammen, dass die Verteidigung der Freiheit die Menschlichkeit stärkt, die uns verbindet. Es war der Glaube an eine Weltordnung, die meinem Land die Chance gab, sich für Frieden, Wohlstand und Sicherheit einzusetzen – in der Völkerfamilie. In den Vereinten Nationen. Als Deutsche sind wir zutiefst dankbar für diese Chance. **Mein Land wird sich noch intensiver für menschliche Sicherheit im Sinne der beiden UNO-Pakte für zivile, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte für alle einsetzen. Menschliche Sicherheit muss immer vorrangig vor militärischer Sicherheit sein.**

Doch es bedeutet auch, dass wir uns für diese, für unsere Vereinten Nationen in besonderem Maße verantwortlich fühlen. Albert Einstein schrieb 1947: „Keine internationale Organisation kann stärker sein, als ihre Mitglieder es wollen. **Als Mitglied will Deutschland sich einbringen als ein Land, das alles tun wird, um die UNO-Generalversammlung der Staaten zu einer tatsächlichen Gemeinschaft der Staaten zu machen. Wir hoffen deshalb, dass im Rahmen der anstehenden UNO-Reformen alle Mitgliedsländer bereit sind, sich gemeinsam für eine neue UNO einzusetzen, um sie institutionell so stark zu machen, dass sie den komplexen Herausforderungen unserer multipolaren Welt gerecht werden kann.**

Mit anderen Worten: Es liegt an uns, den Mitgliedstaaten.

Wir sind die Vereinten Nationen. Wir wollen, dass diese Vereinten Nationen stark sind.

Heute bewirbt sich mein Land erneut um einen Sitz als nichtständiges Mitglied im

Sicherheitsrat für den Zeitraum 2027 bis 2028. Dies erfolgt in einer Zeit beispielloser Instabilität und Umbrüche. **Sollte unsere Bewerbung erfolgreich sein, wird sich Deutschland im Sicherheitsrat für grundlegende Reformen einsetzen, wie sie in den 56 Reform-Schwerpunkten des UNO-Pakts für die Zukunft von der Generalversammlung im letzten Jahr verabschiedet worden sind.**

In Sudan und seinen Nachbarländern erleben wir die schlimmste humanitäre Katastrophe unserer Zeit: Über 30 Millionen Menschen benötigen humanitäre Hilfe. Über zwölf Millionen Menschen mussten ihre Heimat verlassen. Wir alle müssen mehr tun, um dieser Tragödie ein Ende zu setzen. Die Sicherheit der gesamten Region steht auf dem Spiel.

Der schreckliche Krieg in Gaza tobt weiter. Es ist die Hölle auf Erden. Ein humanitärer Albtraum, während wir hier sprechen. Dieser Krieg muss beendet werden. Die Geiseln müssen freigelassen werden. Die Existenz und die Sicherheit Israels werden immer Teil unserer Staatsraison sein. **Ich möchte hinzufügen, dass die Sicherheit in den palästinensischen Gebieten ebenso Teil der deutschen Staatsraison sein muss. In diesem Zusammenhang will ich auch bedeuten, dass für die heutige Regierung in Berlin ‚Staatsraison‘ beinhaltet, nur dann deutsche Unterstützung zu geben, wenn die völkerrechtlichen Bedingungen vor Ort existieren. In jedem Fall wird Deutschland weder Waffen noch duale Nutzungsgüter liefern, solange der Kriegszustand in Gaza, aber auch im Westjordanland, existiert. Deutschland folgt damit den bestehenden rechtlichen Verpflichtungen.**

Es muss eine Zukunft in Frieden und in Würde für alle Menschen im Nahen Osten geben. Wie wir diese Woche in diesem Saal bekräftigt haben: Zwei Staaten für zwei Völker – die einzige Lösung. Ich würdige all jene, die sich weiterhin unermüdlich für einen Weg hin zum Frieden einsetzen, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika. **Wenn ich hier die Vereinigten Staaten erwähne, dann tue ich das, weil die USA eine Grossmacht darstellen, die weiterhin für eine friedliche Weltordnung gebraucht wird. Natürlich gilt dies auch für China und die übrigen permanenten Mitglieder des Sicherheitsrats, ebenso wie für alle anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.**

Der Iran hat ein Netzwerk bössartiger Stellvertreterkräfte geschaffen und bewaffnet, die die Region destabilisieren. Darüber hinaus betreibt er seit vielen Jahren ein Atomprogramm, das weit über jede plausible zivile Nutzung hinausgeht. **In jedem Fall möchte ich sagen, dass alle Waffen, die in den Mittleren Osten gelangen, diesen destabilisieren. Mein eigenes Land muß sich darüber im Klaren werden. In jedem Fall unterstützen wir alles, was mit einer atomwaffenfreien Zone im Mittleren Osten zu tun hat.**

Für uns ist von zentraler Bedeutung, dass der Iran niemals in den Besitz einer Atomwaffe kommen darf. **In jedem Fall unterstützt Deutschland den geltenden Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag und die damit verbundene Verpflichtung der weltweiten atomaren Abrüstung. Mein Land gehört zu den ersten, die den Kernwaffenstopp-Vertrag ratifiziert haben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die 44 Länder, die dies bisher nicht getan haben, zu denen China, Russland und die USA gehören, sich für die Ratifizierung entscheiden werden, da dieser Vertrag erst dann rechtskräftig wird.**

Da der Iran seinen Verpflichtungen aus dem 2015 vereinbarten Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan eindeutig nicht nachkommt, hatten wir keine andere Wahl, als den „Snapback“ der Sanktionen auszulösen. Nach einer eindeutigen Abstimmung im Sicherheitsrat gestern werden die Sanktionen im Laufe des heutigen Tages wieder in Kraft treten. Doch ich möchte betonen: Wir bleiben offen für Verhandlungen über eine neue Vereinbarung. Diplomatische Bemühungen können und sollten fortgeführt werden. **Wir verstehen, dass die Regierung in Teheran verunsichert ist über die tatsächlichen Absichten westlicher Länder, nach dem Abbruch der Verhandlungen zwischen den USA und Iran im Juni in Oman durch den völkerrechtswidrigen Luftangriff der USA auf den Iran und den von den USA geduldeten illegalen Angriffen Israels auf den Iran. Es bleibt aber zu hoffen, dass der Iran seine Abschottungspolitik aufgibt und bereit ist für Inspektionen durch die Internationale Atomenergiebehörde, um damit zu beweisen, dass Irans Atomprogramm nur zivilen Zwecken dient.**

Auf meinem eigenen Kontinent, in Europa, führt Russland einen Angriffskrieg gegen seinen souveränen Nachbarn, die Ukraine. Es ist ein Krieg, den die Ukraine in keiner Weise provoziert hat. Ein Krieg, der die Missachtung der grundlegendsten aller Regeln der UN-Charta vor Augen führt: dass „alle Mitglieder jede gegen die territoriale Unversehrtheit eines Staates gerichtete Anwendung von Gewalt unterlassen“. Eine Regel, für deren Einhaltung die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats eine besondere Verantwortung tragen. **Es kann nicht verschwiegen werden, dass ähnliche profunde Missachtungen des UN-Charta-Rechts auch bei den Angriffskriegen gegen den Irak, gegen Afghanistan, Jugoslawien, den Iran und auch in Libyen und Syrien stattgefunden haben.**

Während wir uns auf die aktuellen sicherheitspolitischen und humanitären Krisen konzentrieren, sind wir uns bewusst, dass diese durch die globalen Krisen der Umweltverschmutzung, des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt verschärft werden – allesamt Krisen, die die Gefahr bergen, mehr Instabilität, mehr Konflikte um Ressourcen und den Verlust von mehr Menschenleben und Lebensgrundlagen mit sich zu bringen. **Es ist aber nicht nur der Klimawandel, der uns weltweit beunruhigt. Da gibt es weitere apokalyptische Gefahren wie Pandemien, die bereits erwähnte**

Nukleargefahr, die unregulierte Künstliche Intelligenz und die konflikt- und armutbedingte Migration. Wir sollten diese zusammenhängenden Gefahren zu einem wichtigen multilateralen Thema erklären und in ihrer Gesamtheit entsprechend erarbeiten. Dazu wird auch gehören, dass der Sicherheitsrat sich mit Fragen der weltweiten Abrüstung und der Rüstungsproduktion befasst, mit dem Ziel, das globale Verteidigungsbudget von gegenwärtig 2,7 Milliarden US-Dollar zu reduzieren.

Mit 80 Jahren sieht sich unsere geschätzte Organisation großen Herausforderungen gegenüber: einer Haushaltskrise, einer Krise des Multilateralismus und einer Missachtung des Völkerrechts. **Namibia und Deutschland haben gemeinsam die Vorbereitungen für den im vergangenen Jahr von der UNO-Generalversammlung verabschiedeten ‚Pact for the Future‘ koordiniert. Wir werden ein reformengagierter Partner bei der Umsetzung dieses Paktes sein, inhaltlich und finanziell.**

In dieser Zeit der Krisen haben wir uns drei zentrale Ziele gesetzt. Diese stehen seit Jahrzehnten im Mittelpunkt der Arbeit Deutschlands bei den Vereinten Nationen und fassen unsere Sicherheitsratskandidatur zusammen: Gerechtigkeit. Frieden. Respekt.

Seit unserem Beitritt zu den Vereinten Nationen vertreten wir beharrlich die Auffassung, dass Gerechtigkeit Entwicklung bedeutet. „Wo Hunger herrscht, ist auf Dauer kein Friede“, sagte Bundeskanzler Willy Brandt 1973 in seiner ersten Rede vor den Vereinten Nationen. Gerechtigkeit erfordert, dass jeder Mensch Zugang zu Nahrung, zu sauberem Wasser, zu Bildung und zu Gesundheitsversorgung hat.

Deutschland ist zweitgrößter Beitragszahler für das UN-System. Wir sind einer der größten Geber mit Blick auf humanitäre Hilfe für Gaza. Wir werden weiterhin Hilfe über etablierte Partner leisten, die im Einklang mit humanitären Grundsätzen arbeiten – darunter auch die UNO. **Diese etablierten und erfahrenen Partner sind in erster Instanz die Organisationen der Vereinten Nationen, besonders die UNRWA, die WHO, UNICEF und das Welternährungsprogramm. Wir werden die israelische Regierung auffordern, sich an internationales Recht und die Genfer Konventionen zu halten und internationale humanitäre Hilfe ohne Behinderung möglich zu machen, um damit die Zivilgesellschaft in Gaza zu schützen.**

Diese Hilfe muss zu den Menschen gelangen, die sie am dringendsten benötigen. Wir wiederholen unseren dringenden Appell an Israel, einen sicheren Zugang für humanitäre Hilfe zu ermöglichen. **Sollte ein solcher Zugang nicht schnellstens ermöglicht werden, wird die deutsche Regierung ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Israel einschränken. In jedem Fall, um es noch einmal zu wiederholen, wird Deutschland sicherstellen, dass mein**

Land nicht indirekt an völkerrechtswidrigem Vorgehen in Gaza beteiligt ist.

Wir unterstützen die Arbeit des UNHCR in Flüchtlingslagern in Sudan und in den Nachbarländern. Über das UNHCR unterstützen wir Länder dabei, Geflüchteten Unterkünfte, Nahrung und medizinische Dienste zur Verfügung zu stellen.

Und wir bemühen uns darum, den Menschen eine langfristige Perspektive zu geben. Ich habe selbst gesehen, wie Bürgerinnen und Bürger aus Mariupol in einem vom UNHCR in der Stadt Dnipro eingerichteten Zentrum Zuflucht finden konnten. Oder wie Vertriebene in der Bekaa-Ebene im Libanon dank der Unterstützung des UNHCR in ihre wiederaufgebauten Gemeinden zurückkehren konnten. **Mögen die vertriebenen, hablos gewordenen, traumatisierten Überlebenden in Gaza ihren Frieden, ihre Gerechtigkeit, und ihre Würde wiedererlangen.**

Zum Konzept der Gerechtigkeit gehört auch die Bekämpfung des Klimawandels. Ich komme selbst aus einer Küstenregion im Norden Deutschlands und kenne die Risiken und Folgen des steigenden Meeresspiegels aus erster Hand.

Ich kann jenen, deren Sicherheit und Lebensgrundlagen bereits heute durch den Klimawandel gefährdet sind, versichern: Wir sind und bleiben an Ihrer Seite.

Klimagerechtigkeit bedeutet, die am stärksten Betroffenen zu unterstützen, ihnen bei der Anpassung und bei der Bewältigung der Verluste zu helfen, mit denen sie bereits konfrontiert sind. Es bedeutet, die Emissionen weltweit deutlich zu reduzieren und das 1,5-Grad-Ziel in Reichweite zu halten. Deutschland wird hierbei ein verlässlicher Partner sein. Wir halten an unserem Ziel fest, bis 2045 klimaneutral zu sein.

Exzellenzen,

Gerechtigkeit. Frieden. Respekt. Vor 35 Jahren sind wir das Versprechen eingegangen, dass ein wiedervereinigtes Deutschland auf Frieden und Stabilität hinarbeiten wird.

Unsere Beiträge zur Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung sind der Beweis dafür, dass wir dieses Versprechen halten. Deutsche Soldatinnen und Soldaten, deutsche Polizeikräfte und deutsches Personal haben in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten an 14 Friedensmissionen teilgenommen. **Wir werden uns auch an einer UNO-geführten Friedensmission und für den schwierigen Wiederaufbau für Gaza einsetzen. Während meines Besuches in Ramallah im Juni 2024 habe ich Präsident Mahmoud Abbas bedeutet, dass Deutschland ,das Recht Palästinas auf einen eigenen Staat zum Ende eines politischen**

Prozesses' unterstützen wird. Es ist meine Hoffnung, dass die deutsche Regierung in naher Zukunft einen solchen Staat offiziell anerkennen wird, wie die meisten Länder Europas es bereits getan haben.

Derzeit leitet das deutsche Militär die maritime Komponente von UNIFIL vor der Küste Libanons. Deutsches Militärpersonal unterstützt UNMISS und MINURSO. Und wir leisten einen finanziellen Beitrag zur Sicherheit Haitis, wo Banden die Zivilbevölkerung terrorisieren – eine Situation, in der die UN eine wesentliche Rolle für Frieden und Sicherheit spielen.

Wir sind stolz darauf, dass hochqualifizierte deutsche Staatsangehörige in wichtigen Positionen dafür sorgen, dass das UN-System funktioniert und sich weiterentwickelt. Deutschland wird auch weiterhin qualifiziertes Personal für das UN-System bereitstellen und sich auf allen Ebenen für Frieden, Entwicklung und Menschenrechte einsetzen.

Wir sind der größte Geber für die UN-Friedenskonsolidierung. Deutschland hat bis nächsten Januar den Vorsitz der Kommission für Friedenskonsolidierung inne. Dies steht im Einklang mit unserem langjährigen Engagement zur Unterstützung nationaler Bemühungen um Friedenskonsolidierung und Konfliktprävention. Denn wir sind überzeugt, dass widerstandsfähige Zivilgesellschaften und starke Institutionen unerlässlich sind, um die Ursachen von Konflikten anzugehen und langfristig Frieden zu schaffen. Die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ leistet einen wesentlichen Beitrag in dieser Hinsicht.

Gerechtigkeit. Frieden. Respekt.

Die Achtung der Charta der Vereinten Nationen und ihrer grundlegenden Ziele und Prinzipien, zu deren Einhaltung wir uns alle verpflichtet haben. Hier in New York, in den Hallen der Vereinten Nationen, kommen all diese Länder zusammen, um über friedliche Lösungen für die Konflikte auf der ganzen Welt zu beraten. Hier finden wir uns zusammen. Wir, die Vereinten Nationen. Sie sind ein Ort wie kein anderer. Ich möchte dieser ehrwürdigen Versammlung versichern, dass dies keine leeren Phrasen sind. Ob im Sicherheitsrat, in der Generalversammlung oder den Aufsichtsräten der UNO-Sonderorganisationen, Fonds und Programme: Deutschland wird sich mit konkreten Beiträgen inhaltlich und finanziell einsetzen, um gemäß der UN-Charta durch Diplomatie und nicht durch Waffengänge friedliche Konfliktlösungen zu finden.

Exzellenzen,

aus Respekt vor dem Völkerrecht und den Menschenrechten setzt sich Deutschland für die

Einrichtung eines Sondergerichtshofs für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine ein. Aus diesem Grund unterstützen und verteidigen wir internationale Gerichte. Aus diesem Grund engagieren wir uns für den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, wenn sie in Gefahr sind. Wir stehen zum humanitären Völkerrecht.

Was Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Aggressionskriege anbelangt, so gibt es auch die 2024 von Südafrika eingebrachte Genozid-Klage gegen Israel im UNO-Gerichtshof. Die vorherige deutsche Regierung wollte eine solche Anklage nicht unterstützen und stellte sich auf die Seite Israels mit dem Argument, dass Israel nach dem 7. Oktober 2023 das Recht der Verteidigung hatte und Genozid in Gaza nicht nachvollziehbar sei. Seither ist aber eine UN-Kommission im September zu dem Schluss gekommen, dass Israel in Gaza Völkermord begeht. Wir wissen, dass neben dem UNO-Gerichtshof auch der Internationale Strafgerichtshof sich mit der Frage beschäftigt, ob Israel die Genozid-Konvention der UNO verletzt hat oder nicht. Unter diesen Umständen ist die Bundesregierung bereit, ihre gegenwärtige Einstellung zu der israelischen Palästina-Politik zu überprüfen.

Aus diesem Grund unterstützen und verteidigen wir internationale Gerichte. Aus diesem Grund engagieren wir uns für den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, wenn sie in Gefahr sind. Wir stehen zum humanitären Völkerrecht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Respekt bedeutet auch Reformen. Nach 80 Jahren müssen wir sicherstellen, dass unsere Institutionen die Welt so repräsentieren, wie sie heute ist. Der Sicherheitsrat braucht zusätzliche Sitze – ständige und nichtständige –, um die Realitäten der Welt widerzuspiegeln. Deutschland ist davon überzeugt, dass zusätzliche ständige Sitze an Regionen vergeben werden müssen, die heute unterrepräsentiert sind: Afrika, Asien und Lateinamerika. Deutschland unterstützt mit voller Überzeugung, dass der Sicherheitsrat, dieses für unsere Zukunft so wichtige Organ der UNO, geographisch angepasst wird, d.h. dass Afrika und Lateinamerika mit permanenten Sitzen vertreten sind, und Asien, mit über 59 Prozent der Weltbevölkerung, neben China weitere permanente Sitze erhält. Wir werden uns für Reformen einsetzen, durch die der Sicherheitsrat das tun kann, was von diesem laut der UN-Charta erwartet wird, d.h. Kriege zu verhindern oder zu beenden und die internationale Sicherheit zu schützen. Dazu gehört natürlich auch eine grundsätzliche Reform des Vetorechts. Deutschland hofft auch, dass die Generalversammlung und der Internationale Gerichtshof Entscheidungsbefugnisse erhalten, die 1945 nicht vorgesehen waren, heute aber gebraucht werden.

Heute ist es wichtiger denn je, dass unsere Vereinten Nationen ihren Aufgaben gerecht werden können. Daher muss der UN80-Prozess gelingen. Heute brauchen die Vereinten Nationen unsere Unterstützung!

Exzellenzen,

wir alle würden nur verlieren in einer Welt, in der das Recht des Stärkeren gilt und in der internationale Regeln hinfällig sind. Eine Welt, in der Verträge nur für die Schwachen verbindlich sind und in der Krieg die Fortsetzung der Diplomatie mit anderen Mitteln ist. Eine solche Welt würde letztlich von Gewalt regiert.

Ich möchte es noch einmal sagen: Über die Jahre ist viel internationales Recht für unsere Welt geschaffen worden. Die entsprechende Macht des Rechts muss für immer das Recht der Macht ersetzen. Eine Verletzung internationalen Rechts bedeutet eine Nichteinhaltung von obligaten Rechenschaftsverpflichtungen und muss geahndet werden. Straffreie Immunität, die es in der Vergangenheit so häufig gegeben hat, darf nicht mehr möglich sein.

Gerechtigkeit. Frieden. Respekt.

Das ist Deutschlands Angebot an jede einzelne Nation, die hier in diesem ehrwürdigen Saal vertreten ist. Es ist ein Angebot, zuzuhören, zu kooperieren und Lösungen zu finden. Es ist ein Angebot, das in unserer Bereitschaft gründet, Ihre Anliegen aufmerksam anzuhören. Und es ist ein Angebot, hinter dem wir stehen – ein Angebot, auf das Sie sich stets verlassen können. Jetzt und in Zukunft. **Ja, wir plädieren für Gerechtigkeit für alle, für Frieden auf unserer Welt und für Respekt und Menschlichkeit in dem Miteinander der Völker.**

Erlauben Sie mir, zum Schluss noch einmal daran zu erinnern: Armut, Verzweiflung, Konflikte und Klimawandel fallen nicht vom Himmel. Sie sind von Menschenhand gemacht. Wie UNO-Generalsekretär Guterres im Zusammenhang mit dem Hamas-Verbrechen des 7. Oktobers in Israel bedeutete: ‚Es geschah nicht in einem Vacuum‘!

In der UNESCO-Verfassung steht geschrieben: „Da Kriege im Geiste der Menschen entstehen, muss auch der Friede im Geiste der Menschen verankert sein.“

Nehmen wir uns dies zu Herzen.

Titelbild: [noamgalai/shutterstock.com](https://www.shutterstock.com/user/noamgalai)